

Presseschau vom 30.06.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dannews, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, luginfo, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der "Alternativen Presseschau"

Abends/nachts:

Lug-info.com: Eine Vertretung der LVR in Italien wurde heute in Messina eröffnet. Die Eröffnungszeremonie fand als Skypekonferenz zwischen Italien und der LVR statt. Die Vertretung der LVR leitet der Präsident der gesellschaftlichen Organisation "Komitee Messinas für den Donbass", der Professor der Universität von Messina Daniele Macris. "Vor allem sind wir sehr dankbar dafür, dass Sie die LVR unterstützen wollen, uns helfen, die Informationsblockade zu durchbrechen, die derzeit die Wahrheit über das Geschehen im Donbass von der Welt fernhält", sagte der Außenminister der LVR Wladislaw Dejnego. "In einer Situation, in der die offiziellen Staatsapparate nicht bereit sind, unser Recht eine eigene Republik auszurufen, anzuerkennen, sind diese Mechanismen direkter Kontakte zwischen den Menschen Mechanismen, die es erlauben, diese Staaten zu zwingen, die Aufmerksamkeit auf nicht anerkannte Länder und die Länder, die eine Anerkennung erreichen wollen, zu richten", sagte Dejnego weiter.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Donezkij, Logwinowo und Sokolniki.** Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 29. Juni 3:00 Uhr bis 30. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.). In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Schirokaja Balka), Dokutschajewsk, Petrowskoje.** Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 70 In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 216.

de.sputniknews.com: Lawrow verrät: Dies hat Russland von den Sanktionen gelernt In einem Interview mit dem britischen Fernsehsender Channel 4 hat der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, welche Lehren Russland aus den Sanktionen des Westens für sich gezogen hat.

Moskau habe in den letzten Jahren gelernt, dass man sich nicht auf ausländische Technologien und Güter verlassen könne, weil der Zugang zu ihnen jederzeit gesperrt werden kann. Dem Westen sei in diesen Bereichen "nicht zu vertrauen".

"Natürlich haben wir nichts gegen eine Aufhebung der Sanktionen. Wir können aber auch die von ihnen eingeräumten Möglichkeiten nutzen, um unsere eigenen Kapazitäten in Schlüsselsektoren der Wirtschaft, der nationalen Sicherheit und in anderen Bereichen zu entwickeln, auf die ein souveräner Staat angewiesen ist", erörterte Lawrow. Im Falle einer Aufhebung der Sanktionen des Westens würde Russland seine Gegenmaßnahmen ebenfalls aufkündigen, fügte er hinzu.

"Man kann sich nicht auf die westliche Technologie verlassen, weil ihre Arbeit jederzeit eingestellt werden kann. Man kann sich nicht auf Konsumgüter aus dem Westen verlassen, weil ihre Lieferungen immer unterbunden werden können", so Lawrow weiter.

Die Frage betreffend, ob Russland auf eine Vereinbarung mit US-Präsident Trump bezüglich der Aufhebung der Sanktionen hoffe, betonte der Außenminister, dass Russland nicht um ihre Aufkündigung bitten werde. Diese Entscheidung müssen laut Lawrow die Staaten treffen, die sie ursprünglich verhängt hatten.

"Sie müssen selbst entscheiden, was sie wollen – die Beibehaltung der bestehenden Sachlage oder den Sieg des gesunden Menschenverstandes", resümierte Lawrow.

Dan-news.info: "Bei der Ausübung seiner dienstlichen Obliegenheiten starb der Leiter der 57. Feuerwache der Stadt Jasinowataja, Hauptmann des Zivilschutzes Witalij Wiktorowitsch Schewtschenko", teilte der Pressedienst des Zivilschutzministeriums der DVR mit. Der Pressedienst erläuterte, dass am 29. Juni um 13:41 Uhr beim Notdienst "101" von Jasinowataja eine Mitteilung einging, dass trockenes Gebüsch bei Jakowlewka, das sich in der Nähe der Abgrenzungslinie befindet, in Brand geraten ist. Die diensthabende Gruppe der 57. Feuerwache von Jasinowataja unter Leitung von Schewtschenko fuhr vor Ort. Die Feuerwehrleute stellten vor Ort fest, dass neben dem Brand auch eine Stromleitung abgerissen war. Bei der Löschung des Feuers erhielt Schewtschenko einen Stromschlag und trotz Wiederbelebungsmaßnahmen blieb um 16:15 Uhr sein Herz stehen.

de.sputniknews.com: **Gegen Mainstream-Medien, gegen US-Kriege - Vereint für Frieden mit Russland**:

Marcel Joppa

Vereint gegen US-Kriegshetze, für Frieden mit Russland – unter diesem Motto fand am Freitagabend in Kaiserslautern eine Veranstaltung mit prominenten Gästen und Hunderten Zuhörern statt. Der Aufruf: "Glaubt nicht alles, was in den Mainstream-Medien verbreitet wird!" Massive Kritik gab es vor allem an der provokanten Kriegsrhetorik des Westens. Als sich die Versöhnungskirche in Kaiserslautern am Freitagabend füllte, war sich jeder Anwesende bewusst: Die internationale Kriegsgefahr ist höher denn je, es muss etwas getan werden. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Initiative "Stopp Air Base Ramstein", die an diesem Wochenende auch gegen die nahegelegene US Militärbasis mobil macht. Eröffnet wurde der Abend mit einer Videobotschaft der ehemaligen ARD-Korrespondentin und Russland-Kennerin Gabriele Krone-Schmalz. Sie musste ihren persönlichen Besuch in Kaiserlautern kurzfristig aus familiären Gründen absagen, doch ihre aufgezeichneten Worte sorgten dennoch für großen Applaus:

"Frieden ist keine Selbstverständlichkeit, Frieden ist harte Arbeit. Die Basis, um Frieden zu erhalten und Frieden zu schaffen, ist, die Interessen des jeweils anderen zu kennen und ernst zu nehmen."

Dies jedoch habe der Westen gegenüber Moskau nicht getan. Dabei sei die Mehrheit der Deutschen an einem guten Verhältnis zu Russland interessiert. Krone-Schmalz ist sich sicher, dass durch das Aussterben der deutschen Kriegsgeneration das Bewusstsein für die Zerbrechlichkeit des Friedens ebenfalls aussterbe:

"Wenn Friedenspolitik funktionieren soll, dann braucht man aufgeklärte Menschen, die sich nicht alles gefallen lassen, die sich wehren, die die Möglichkeiten ihrer freien Gesellschaft nutzen, um sich zu Wort zu melden."

Die eigentliche Idee von Demokratie sei, dass sich die Meinung der Mehrheit durchsetze. Es werde Zeit, dass Entscheidungsträger in der Politik und auch in den Medien dies zur Kenntnis nehmen sollten. Eine "Dämonisierung und Skandalisierung um jeden Preis" sei nicht die Aufgabe von Journalismus.

Das sah auch die zweite Rednerin an diesem Abend genauso: Ann Wright ist Friedensaktivistin und ehemaliger Colonel der US-Army. Sie erlebt die Kriegshetze aus Washington und durch die amerikanischen Medien Tag für Tag in ihrer US-Heimat. Die Politik von US-Präsident Trump sei brandgefährlich, vor allem mit Blick auf Syrien, den Irak, Iran, Israel und Palästina.

Auf die Rolle der US-Medien ging dann auch der dritte Gast auf dem Podium ein, der Aktivist und aktuell Kandidat für den US-Kongress, Pat Elder. Alle Medien, TV-Sender und Zeitungen seines Landes seien in der Hand weniger Personen. Das dort verbreitete Bild: Die USA sind die größte Nation der Welt, alles andere kommt danach:

"Die USA sind ein neofaschistisch-christlicher Staat. Sogar in Schulbüchern wird die Geschichte verfälscht, da diese Bücher von Interessenverbänden oder der Wirtschaft bezahlt werden."

Besonders groß sei der Einfluss der Waffenlobby. In mehr als 2000 US-Schulen gebe es bereits Schießstände, an denen Teenager schon früh den Umgang mit der Waffe lernen könnten. Auch das Militär nimmt laut Pat Elder einen entscheidenden Einfluss auf die US-Jugend:

"Es ist völlig normal, dass Rekrutierungspersonal der US-Army in den Schulen ein und aus gehen kann. Sie kommen, spielen mit den Schülern Basketball, verbringen Zeit mit ihnen." Der Schlüssel in einer Friedenspolitik liege also in der Bildung, die in den USA vom Militär und den Medien beeinflusst werde. Auch das Russlandbild werde so bereits von Kindheit an negativ geformt.

Dass die westliche Aggression gegenüber Russland weit älter ist als der Kalte Krieg, erklärte der nächste Gast: Der Journalist und Autor Kai Ehlers. Der Russlandexperte machte darauf aufmerksam, dass die USA bereits seit 1918 aktiv gegen Moskau lenkten:

"Nach dem Ersten Weltkrieg sind die USA in die europäische Politik eingestiegen. Sie haben

das Meinungsbild des Westens seitdem maßgeblich beeinflusst, bis heute."

Auch sei der Kalte Krieg nie beendet worden, 1991 habe lediglich die Politik der USA gesiegt. Als man in Russland dann fast schon zu spät gemerkt habe, dass der Westen dem Land nur seinen Kapitalismus aufdrücken wollte, habe es im Jahr 2000 ein Umdenken gegeben. Russland habe sich wieder auf die eigenen Beine stellen wollen, und das Gesicht dieser Veränderung sei Präsident Putin gewesen:

"Putin ist der Mann, der seit 2000 die inneren Verhältnisse Russlands wiederhergestellt hat, das Land aus einem sozialen Zusammenbruch wieder herausgeführt hat."

Nun müsse sich Russland weiter vor der Destabilisierungspolitik der USA schützen. Auch die Handlungsfähigkeit der UN werde laut Kai Ehlers von Trump zertrümmert, während Putin diesen internationalen Rahmen erhalten wolle. Das spiegele sich aber nicht in der westlichen Medienberichterstattung wider.

Speziell um die Rolle der deutschen Medien ging es schließlich bei dem letzten Redner am Freitagabend: Ekkehard Sieker ist Mitarbeiter und Autor bei der ZDF-Satire-Sendung "Die Anstalt". Die Mainstream-Medien hierzulande würden laut dem Insider eine organisierte "Denk-Entwöhnung" betreiben:

"Es findet eine Anti-Aufklärung statt. Es wird ein Konsens in den herrschenden Medien gebildet. Das ist der komplette Realitätsverlust. Es ist also nur noch die Meinung der Herrschenden, die sich letztendlich durchsetzt."

Russland wolle keinen Krieg, so Ekkehard Sieker weiter, das aber bilde sich weder politisch noch in den westlichen Medien ab. Die EU wiederum habe nun eine Spezialeinheit gegründet, um gegen Fake-News aus Russland vorzugehen. Das sei absurd:

"Das ist die,East StratCom Task Force". Das ist eine Einrichtung der EU, die gegen,Desinformationskampagnen" Russlands vorgehen will. Die sagen zum Beispiel: Guck mal, russische Medien machen immer die ukrainischen Streitkräfte schlecht."

Eine Strategie, die in Kooperation mit der Nato entwickelt und wiederum von den westlichen Medien übernommen werde.

Das Publikum in der vollbesetzten Versöhnungskirche quittierte die Veranstaltung am Ende mit tosendem Applaus. Am Samstag soll dann die nächste große Protestaktion der Initiative "Stopp Air Base Ramstein" folgen: Eine Blockade der Zufahrt zur US-Militärbasis. Hierzu haben sich bereits Hunderte Menschen und auch zahlreiche prominente Unterstützer wie die Linke-Politikerin Sahra Wagenknecht und der Schriftsteller Eugen Drewermann angekündigt.



https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32137/09/321370957.jpg

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Streitkräfte der DVR zur Lage am 30. Juni 2018:

In den letzten 24 Stunden hat sich die Lage in der Nähe der Kontaktlinie nicht wesentlich geändert und bleibt durch unsere Truppen kontrollierbar.

In **Richtung Gorlowka** haben die Terroristen aus der 24. mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Guds mit 82mm-Mörsern **Schirokaja Balka** beschossen und dabei zehn Mörsergeschosse abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben die Kämpfer der 93. mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Klotschkow das Gebiet von **Dokutschajewsk** beschossen und dabei sechs Panzergeschosse und vier Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert. Außerdem wurden Schützenpanzerwaffen verwendet.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer derselben 93. Brigade mit Schützenpanzerwaffen das Gebiet von **Petrowskoje** beschossen. Ich möchte daran erinnern, dass diese Ortschaft einer der Orte zur Trennung der Seiten unter Kontrolle der OSZE-Mission ist. Nach uns vorliegenden Informationen fand im Zusammenhang mit der Ablösung der 30. mechanisierten Brigade durch die 28. mechanisierte Brigade im Stab der 30. Brigade, der in Kurachowo stationiert ist, eine dienstliche Besprechung mit den stellvertretenden Kommandeuren zu Fragen der Organisation der Übergabe des Verantwortungsbereichs und der Regelung des Abzugs der untergeordneten Einheiten aus dem Verantwortungsbereich statt. Die pfiffigen Unternehmer in Uniform brennen nicht vor Verlangen, die eingesessenen Plätze kostenlos zu hinterlassen und die fertige rückwärtige Infrastruktur ihrer Ablösung unentgeltlich zu übergeben. Es wurden bereits Fälle der Vernichtung von Gebäuden, Unterständen und Bädern für das Personal der 30. mechanisierten Brigade festgestellt, nachdem sich das Personal der 28. mechanisierten Brigade geweigert hat, sie zu kaufen. Trotz der mehrfachen Anweisungen des Kommandos des Stabs der OOS zur Lagerung von Munition und zur Einrichtung eines zuverlässigen Brandschutzsystems in den Raketenartilleriewaffenlagern ist die Lage in diesem Bereich nach wie vor beklagenswert. Weil es den munteren Berichten der Kommandeure der Truppenteile und Einheiten über die Durchführung der Maßnahmen nicht traut und aufgrund der heißen Wetterbedingungen hat das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung "Ost" sich wieder um den Zustand des Brandschutzes in den Raketenartilleriewaffenlagern gesorgt. Mobile Kontrollkommissionen haben Dutzende von Verletzungen der Lagerungsbedingungen für Munition und Waffen entdeckt. Deprimierende Ergebnisse der Kontrolle der Raketenartilleriewaffenlager wurden im Gebiet von Otscheretino im Verantwortungsbereich der 56. Panzergrenadierbrigade entdeckt. Dem Leiter des Raketenartilleriewaffendienstes der Brigade wurde bereits erklärt, dass er seine dienstlichen Obliegenheiten nicht vollständig erfüllt. Im Zusammenhang mit den entdeckten Defiziten wurde den Kommandeuren der untergeordneten Verbände und Truppenteile befohlen, bis zum 5. Juli Befehle über die Bestrafung der schuldigen Funktionsträger vorzubereiten und Bestellungen über die notwendige Zahl von Feuerlöschmitteln beim Brandschutzdienst der Gruppierung einzureichen. Am 27. Juni wurde im Verlauf des Minsker Treffens eine Vereinbarung über einen "Brot"waffenstillstand ab dem 1. Juli 2018 erzielt. Von unserer Seite versichern wir unsere vollständige Bereitschaft, diesen Beschluss einzuhalten, und wir werden das ukrainische Kommando zwingen, sich an die erreichte Vereinbarung zu halten.

Nachmittags:

Dan-news.info: "Gestern um 20:00 Uhr wurde das Gebiet um das **Gagarin-Bergwerk** beschossen. Dabei wurde eine Küche in der Diwnogorkaja-Straße beschädigt. Ein ziviler Einwohner, 27 Jahre alt, wurde verletzt", teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

Er fügte hinzu, dass der Verletzte sich heute an die Ambulanz der Poliklinik der Siedlung des Bergwerks "Komsomolez" gewandt hat. Die Ärzte haben eine Splitterverletzung der linken Schulter und des rechten Gesäßes festgestellt. Der Verletzte hat die notwendige ärztliche Behandlung erhalten.

de.sputniknews.com: Ukrainischer Ex-Präsident weiß, wie Krim zurückzuholen ist: Der ehemalige ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk weiß, wie die Krim in die Ukraine zurückgeholt werden kann – dafür muss die Regierung in Kiew der Halbinsel einen Sonderstatus gewähren. Konkret äußerte er sich in einem Interview mit der ukrainischen Online-Zeitung "Obozrevatel".

Das sei ein "kein kluger Schritt" gewesen, als Kiew der Krim, noch bevor sie russisch geworden ist, den Status einer territorialen und nicht einer nationalen Autonomie zugestanden hat. Entsprechende Änderungen der ukrainischen Verfassung werden Krawtschuk zufolge derzeit erarbeitet.

"Das bedeutet, dass der Träger der Macht auf der Krim die Krim-Tataren werden", sagte der Politiker.

Die Volkszählung im Jahr 2014 hatte jedoch gezeigt, dass knapp 70 Prozent der auf der Halbinsel lebenden Menschen Russen sind. Krawtschuk präzisierte jedoch nicht, wie die Regierung in Kiew mit diesen Menschen umgehen solle.

Dabei betonte der ukrainische Politiker, dass die Krim-Frage getrennt vom Donbass-Konflikt betrachtet werden müsse. Diese umkämpfte Region im Osten der Ukraine solle das Recht auf "Kommunalverwaltung mit Akzent auf die Autonomie" erhalten, was auch in der Verfassung verankert werden solle.

Die Krim war im März 2014 – nach gut 22 Jahren in der unabhängigen Ukraine – wieder Russland beigetreten, nachdem die Bevölkerung der Halbinsel bei einem Referendum mehrheitlich dafür gestimmt hatte. Anlass für die Volksabstimmung war ein nationalistisch geprägter Staatsstreich in Kiew.

Die neue ukrainische Regierung erkennt die Abspaltung der Krim nicht an. Die westlichen Staaten haben den Sturz von Präsident Viktor Janukowitsch und die von der Opposition gestellte Regierung in Kiew akzeptiert, jedoch nicht das Krim-Referendum. Nach dem Beitritt der Halbinsel zu Russland verhängten die USA und die EU Sanktionen gegen Russland und die Krim.

Armiyadnr.su: Das Kommando der Streitkräfte der DVR hat den Anführer der ukrainischen militärischen Formation ermittelt, der gestern den Beschuss der Siedlung Gagarin-Bergwerks veranlasst hat. Es ist der Kommandeur der 24. mechanisierten Brigade, der Kriegsverbrecher Guds, auf dessen Konto regelmäßige Beschießungen von Wohngebieten der Stadt und Objekten der zivilen Infrastruktur gehen.

Gestern um 20:00 Uhr haben die Kämpfer auf Befehl von Guds wieder das Feuer auf friedliche Menschen eröffnet, gegen die sie am besten kämpfen können. In Folge dieses Beschusses wurde Dmitrij Wladimirowitsch Surowyj, geb. 1989, verletzt. Zu diesem Fall führt die Generalstaatsanwaltschaft der DVR die notwendigen Ermittlungsmaßnahmen durch. Gegen die ukrainischen Kriegsverbrecher Guds, Najew und ihre Komplizen wird in kürzester Zeit ein weiteres Strafverfahren eingeleitet. Denkt daran, ukrainische Kämpfer! All eure Verbrechen werden festgehalten und niemand wird seiner Verantwortung entgehen!

de.sputniknews.com: Kiew gesteht seine Hilflosigkeit gegenüber Russland im Asowschen Meer.

Die Ukraine kann der russischen Kriegsflotte im Asowschen Meer laut dem Kiewer Vizeminister für "die okkupierten Territorien" Georgi Tuka lediglich mit der geballten Faust drohen. Tuka äußerte sich diesbezüglich in einem Interview für den Fernsehsender ZIK. Der stellvertretende Minister nahm damit Stellung zu dem an die ukrainische Armee gerichteten Appell des Vorsitzenden der ukrainischen gesellschaftlichen Organisation "Rechte Sache", Dmitri Snegirjow, mithilfe von "modernen Neuentwicklungen des

Rüstungskomplexes" auf die Handlungen des russischen Militärs in der Straße von Kertsch "effektiv zu reagieren".

"Sollen wir etwa eine geballte Faust zeigen? Unsere Armee hat ja auch nur eine geballte Faust auf dem Meer. Und Ihr wisst das nur zu gut. Wir haben nichts, um der russischen Kriegsflotte widerstehen zu können", so Tuka.

Die Situation im Asowschen Meer hatte sich verschärft, nachdem der ukrainische Grenzschutz am 25. März einen russischen Fischkutter aufgebracht hatte. Das Schiff "Nord" mit Heimathafen auf der Krim soll die ukrainische Seegrenze verletzt haben. Die zehnköpfige Besatzung wurde festgesetzt. Dem Schiffskapitän wurde angelastet, "die Einreiseregeln in das zeitweilig besetzte Territorium der Ukraine sowie die Ausreiseregeln mit dem Ziel verletzt zu haben, den Interessen des Staates zu schaden". Dem Kapitän drohen bis zu fünf Jahre Haft. Am 4. Mai hatte das russischen Küstenwachschiff "Ametist" auf dem Schwarzen Meer das ukrainische Fischereischiff JaMK-0041 (mit Heimathafen in Otschakow) aufgebracht, das illegal Schollen im ausschließlichen Wirtschaftsgebiet Russlands gefangen hatte. Das Schiff samt Besatzung wurde "für Prozesshandlungen" auf die Krim gebracht. Gegen den Kapitän wurde ein Strafverfahren wegen Wilderei eingeleitet, das Schiff wurde in Beschlag genommen.



https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31708/24/317082423.jpg

de.sputniknews.com: Donbass: Poroschenko bereitet "Test" für Putin vor: Der ukrainische Präsident hat die Frage der Entsendung von Uno-Friedensstiftern in den Donbass als einen Test für den Kreml bezeichnet. Dies schrieb er auf seinem Facebook am Samstag.

"Eine wichtige Aufgabe für die Wiederherstellung des Friedens ist die Entfaltung einer multinationalen Friedensmission unter Uno-Mandat im besetzten Donbass. Denn es gibt bis dato noch keinen anderen effektiveren Weg. Der Vorschlag über die Mission im Donbass ist der Weg zum Frieden sowie ein Test für die Echtheit der Absichten des Kremls. Wenn Moskau Frieden will, so ist hier die Chance, dies der ganzen Welt zu demonstrieren", schrieb Poroschenko auf Facebook.

Zuvor hatte der russische Präsident Wladimir Putin gesagt, dass er die Idee der Entsendung von Uno-Friedensstiftern in die Ukraine unterstütze, wobei die Rede jedoch nur von der Funktion der Gewährleistung der Sicherheit für die Mitarbeiter der OSZE sein könne. Kiew ist der Ansicht, dass die Uno-Mission ein breiteres Mandat haben und auf dem gesamten Territorium des Donbass bis hin an die Grenze zu Russland stationiert werden solle...

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht verändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **dreimal das Regime der Feuereinstellung** verletzt.

Beschossen wurden die Ortschaften **Donezij, Logwinowo und Sokolniki**.

Dabei haben die ukrainischen Streitkräfte von den Minsker Vereinbarungen verbotene 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden mehr als 40 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert. Der Beschuss erfolgte von den Positionen der 72. und der 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, deren Kommandeure die Kriegsverbrecher Tatus und Grusewitsch sind. Das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung "Nord" hat die Maßnahmen zur außerplanmäßigen Ablösung der Einheiten der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte durch die Einheiten der 59. Panzergrenadierbrigade abgeschlossen. Im Zusammenhang damit erwarten wir in der nächsten Zeit eine Verschärfung der Situation in Richtung Staniza Luganskaja.

Trotz der Anstrengungen der Vertreter der Minsker Kontaktgruppe, den Konflikt im Osten der Ukraine auf friedlichem Weg zu lösen, führt das ukrainische Kommando weiter Maßnahmen zu dessen Eskalation durch.

Nach unseren Informationen ist am 29. Juni im Gebiet von Nishneje eine Aufklärungsgruppe aus dem 54. Aufklärungsbataillon der ukrainischen Streitkräfte eingetroffen. Diese Gruppe plant, in der nächsten Zeit eine Reihe von Diversions- und Erkundungsmaßnahmen an der Kontaktlinie im Gebiet Nowotoschkowskoje – Shelobok durchzuführen.

Außerdem ist eine **Aktivierung von Aufklärungseinheiten** aus der 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte festzustellen. Dabei wurden **im Gebiet von Krjakowka Drohnenflüge festgestellt**. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Maßnahmen auf die Leitung von provozierendem Mörserfeuer der Einheiten des Gegners abzielen. Wir rufen das Kommando der OOS auf, von provokativen Handlungen Abstand zu nehmen, weil alle Versuche einer Aggression von Seiten des Gegners von unseren Soldaten unterbunden werden.

Außerdem ist im Rahmen von Gegenaufklärungsmaßnahmen und der Aufdeckung von Personen, die der Volksmiliz der LVR Unterstützung leisten, in den Einheiten der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eine Gruppe von Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes der Ukraine eingetroffen. Neben Gegenaufklärungsmaßnahmen haben die Mitarbeiter des SBU eine Reihe von Verstößen von Seiten eines Bataillonskommandos festgestellt, die mit ungesetzlichem Waffen- und Munitionshandel zusammenhängen. Die Verbrecher in Uniform haben die "tödliche Ware" in Zinksärgen, die für den Transport getöteter Soldaten vorgesehen sind, aus der Zone der sogenannten Operation der Besatzungskräfte transportiert. Um der Bestrafung zu entgehen, hat das Brigadekommando die gesamte Schuld auf das einfache Personal geschoben.

Nach Informationen ukrainischer Spezialdienste wurde der einfache Soldat der 14. Brigade P.L. Zibulenko wegen ungesetzlichem Handel mit Waffen, Munition und Sprengstoffen festgenommen.

Fälle von Waffen- und Munitionshandel sind in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte nicht selten. Dies ist schon eine echte Epidemie in der ukrainischen Armee geworden. Ein Strom von Waffen aus der OOS-Zone fließt in die zentralen und westlichen Regionen der Ukraine sowie in die Länder Osteuropas.

Und zum Abschluss will ich erklären, dass die Einheiten der Volksmiliz der LVR bereit sind, die Vereinbarung über eine Feuereinstellung ab dem 1. Juli 2018, die am 27. Juni in Minsk erreicht wurde, einzuhalten

Wir halten uns immer streng an alle Vereinbarungen, die Feuereinstellungen betreffen, und diese weitere Vereinbarung wird keine Ausnahme sein. Gleichzeitig möchten wir hoffen, dass Kiew das Regime der Feuereinstellung nicht zur Konzentration von militärischem Potential und verschiedene Arten von Provokationen an der Abgrenzungslinie nutzen wird. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Arten von Entwicklung der Situation an der Kontaktlinie unternehmen wir die notwendigen Maßnahmen zur Erfüllung der uns gestellten Aufgaben – das ist der Erhalt der territorialen Integrität der LVR und des Lebens unserer Bürger.

de.sputniknews.com: Syrisches Oppositionsbündnis: Russland soll Kontrolle über US-Basis übernehmen

Russland und die USA planen eine Vereinbarung, laut der Moskau die Kontrolle über den US-Stützpunkt At Tanf an der Grenze zum Irak übernehmen wird. Dies behauptet zumindest Mahmud al-Efendi, einer der Anführer des syrischen Oppositionsbündnisses "Astana", gegenüber Sputnik.

Nach seinen Angaben könnte solch eine Entscheidung schon beim Treffen zwischen den Präsidenten Wladimir Putin und Donald Trump Mitte Juli getroffen werden.

"Die beiden Präsidenten werden die Entscheidung treffen, die noch früher beim Treffen der Vizeaußenminister Russlands, Jordaniens und der USA im Juni in Astana getroffen werden sollte. Dazu ist es aber nicht gekommen", sagte al-Efendi gegenüber Sputnik.

"Es geht um den Abzug der USA aus dem Süden Syriens und die Übergabe der südlichen Deeskalationszone an die russische Militärpolizei".

"Auch die Militärbasis der USA in At Tanf wird höchstwahrscheinlich an Russland übergeben", fügte al-Efendi hinzu.

Es stellt sich die Frage, was die USA im Gegenzug erhalten werden. Laut dem syrischen Oppositionellen hatte Trump von Anfang an keine langwierige Präsenz in Syrien geplant. Außerdem werden der Iran und die Hisbollah nicht mehr in Syrien präsent sein. "Sie befanden sich nahe der Provinz Deraa, falls aber diese Entscheidung getroffen wird, bekommt Russland die Kontrolle über diese Region".

"Die Oppositionsgruppen mit gemäßigtem und konstruktivem Standpunkt, die zu einem Dialog bereit sind, werden sich ihm anschließen. Diejenigen, die keine konstruktive Stellung einnehmen, werden ihre Präsenz einfach verlieren", so der Sprecher.

Das Oppositionsbündnis "Astana" nimmt unter anderem an den Genfer Verhandlungen zur neuen Verfassung von Syrien teil.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31616/68/316166822.jpg

de.sputniknews.com: Mazedonien in der Nato? Kreml bezieht Stellung. Der Beitritt Mazedoniens zur Nato ist laut dem Kreml-Pressesprecher Dmitri Peskow eine souveräne Angelegenheit dieses Landes. Moskau schätze die Beziehungen mit Skopje, sei aber gegen die Nato-Annäherung an seine Grenzen.

"Erstens ist das eine souveräne Angelegenheit Mazedoniens. Wir schätzen unsere guten Beziehungen zu Mazedonien. Natürlich sind wir an der Entwicklung unserer Beziehungen interessiert. Was aber die Annäherung der Nato-Infrastruktur und der Nato im Großen und Ganzen an unsere Grenzen betrifft, kennen Sie die Haltung Moskaus zu diesem Prozess sehr gut –in dieser Hinsicht hat sich nichts verändert", sagte Peskow am Samstag gegenüber der Presse.

Am 20. Juni hatte das mazedonische Parlament laut der lokalen Zeitung "Kurir" mit Griechenland ein Abkommen über den neuen Staatsnamen für die ehemalige jugoslawische Republik ratifiziert.

Am 12. Juni hatte der mazedonische Premier, Zoran Zaev, mitgeteilt, dass der jahrzehntelange Namensstreit mit Griechenland beigelegt worden sei. Er habe zusammen mit seinem griechischen Amtskollegen Alexis Tsipras eine Lösung gefunden: Die ehemalige jugoslawische Republik solle künftig Republik Nordmazedonien heißen. Wegen des Streits hatte die griechische Regierung bislang die Bestrebungen Mazedoniens, der EU und der Nato beizutreten, blockiert. Der Namensstreit hatte im Jahr 1991 mit der Unabhängigkeitserklärung der jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien unter dem Namen Republik Mazedonien begonnen. Athen protestierte gegen diesen Namen und begründete dies mit der Befürchtung, Skopje könnte die griechische Region Makedonien für sich beanspruchen. Offiziell wird der Staat bislang als "ehemalige jugoslawische Republik

Dnr-online.ru: In der Ukraine gehen die Ausschreitungen von Neonazisten und Radikalen weiter. So wurde in Transkarpatien in einem Waldstück am Rand von Lwow ein Roma-Lager überfallen und ein 24-jähriger junger Roma getötet. In einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR kommentierte die Leiterin des Roma-Volkstheaters Luisa Shemtschushnaja diese Situation.

Mazedonien" bezeichnet.

"Natürlich hat das Geschehen unsere Roma-Herzen berührt. Wir leben im Donbass, aber wir halten immer die Verbindung mit allen Roma, die in der Ukraine leben. Ehrlich gesagt, es ist schrecklich, weil dieser Überfall und der Mord von ganz jungen Menschen begangen wurde! Das, was jetzt in der Ukraine um das Roma-Volk geschieht, ist Nazismus. Das ganze Volk wird unterdrückt und man lässt es nicht in Frieden leben. Aber damit sich die Situation ändert, muss man mit der Regierung beginnen", kommentierte Luisa Shemtschushnaja die Situation. "Wir fühlen sehr mit dem mit was in der Ukraine geschieht, weil dort unsere Freunde und Verwandten sind. In den letzten anderthalb Monaten ist das schon das sechste Pogrom gegen Roma dort. Vor einem Jahr wurde im Oblast Charkow der Vorsitzende der Roma-Gemeinschaft getötet. Solche Fälle gibt es viele. Mir scheint, dass sind Glieder einer Kette und wir sind nicht die ersten, die das durchmachen.

Vor dem Krieg wurde sehr viel für die Freundschaft der Völker verschiedener Nationalitäten getan. Jetzt sind wir beunruhigt und besorgt über die Lage der Beziehungen zwischen den Nationalitäten in der Ukraine", unterstrich Natalja Warakuta, die Vorsitzende der Donezker Kultur- und Bildungsgemeinschaft der Roma-Frauen "Miriklja".

de.sputniknews.com: Immer mehr Ukrainer machen Urlaub auf der Krim. Der Strom von Touristen aus der Ukraine nimmt auf der Krim laut dem Vorsitzenden des Ausschusses für Erholungswesen und Tourismus im Krim-Parlament, Alexej Tschernjak, immer mehr zu. Nach seinen Angaben bilden sich an den Grenzübergängen zur Krim mehrstündige Warteschlangen im Zusammenhang mit der drastisch steigenden Zahl von Urlaubern.

"Die Krim erreicht jetzt den Gipfel der Sommerhochsaison. Mit jedem Tag nimmt die Zahl der Touristen zu, darunter aus der Ukraine, die zu Erholungs-, Therapie- und Gesundungszwecken auf die Krim kommen", sagte Tschernjak gegenüber Sputnik.

Die Badeorte auf der Krim würden immer gefragter, so Tschernjak.

Nach seiner Einschätzung werden in diesem Jahr rund eine Million ukrainische Urlauber die Krim besuchen.

Zuvor hatte die regionale Nachrichtenagentur Kriminform mitgeteilt, dass mehr als die Hälfte der Touristen, die seit Anfang 2018 die Krim besucht haben, die Südküste der Halbinsel bevorzugten.

Die Halbinsel Krim und die Stadt Sewastopol hatten sich im Marz 2014 mit Russland wiedervereinigt, nachdem die Krim-Bewohner per Referendum den gewaltsamen Machtwechsel im Februar 2014 in Kiew als illegal abgelehnt und für den Beitritt zu Russland mit 96,77 Prozent bzw. 95,6 Prozent gestimmt hatten.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32097/12/320971202.jpg

de.sputniknews.com: Kiewer Nationalisten beanspruchen Russisch-Fernost und Ost-Polen – Moskau reagiert:

Das Territorium der Ukraine war laut dem radikalen Nationalisten Oleg Tjagnibok im Jahr 1921 mehr als anderthalb Mal größer als gegenwärtig. Deswegen fordert Tjagniboks Swoboda-Partei die Rückgabe einer Reihe von Gebieten an die Ukraine. Moskau zeigt sich amüsiert.

Unter den Territorien, die Kiew für sich beanspruchen könnte, nannte Tjagnibok das Gebiet Zeleny Klyn (dort hatten 1917 Einwanderer aus der Ukraine die Schaffung einer Ukrainischen Fernost-Republik versucht), Starodubschtschina (Gebiet Brjansk im südwestlichen Russland), Chełmszczyzna (Polen), Nadsanie (Gebiet mit Teilen in Polen und der Ukraine), Łemkowszczyzna (in Polen, der Slowakei und der Ukraine).

Der Abgeordnete der russischen Staatsduma (Parlamentsunterhaus) von der Krim, Ruslan Balbek, kommentierte Tjagniboks Äußerungen über die "Zugehörigkeit" einer Reihe von russischen und polnischen Gebieten zu Kiew und kritisierte die ukrainischen Nationalisten für ihren exzessiven "Appetit".

"Mit einem solchen Appetit wird der gesamte Planet nicht ausreichend sein. Ihrer Meinung nach soll sich das Wort 'Ukraine' nach außerhalb unseres Sonnensystems erstrecken", scherzte Balbek.

Wie er weiter sagte, wird jetzt eine neue Generation von Ukrainern zu solchen radikalen Äußerungen erzogen, die sicher seien "dass die ganze Welt als Ukraine bezeichnet werden sollte".

Dnr-online.ru: Zur Bequemlichkeit der Einwohner der Stadt fährt im Rahmen des Programms zum Wiederaufbau des städtischen Verkehrs auf den Straßen vor Gorlowka ein vollständig rekonstruierter Trolleybus. Darüber und über die Pläne der Stadtverwaltung für die nächste Zukunft in Bezug auf die städtischen Transportmittel berichtete der Bürgermeister Iwan Prichodko.

"Das Programm zum Wiederaufbau des städtischen Verkehrs geht weiter. Zuvor haben wir erklärt, dass wir alle drei Monate ein neues Verkehrsmittel im Gorlowker Fahrzeugpark in Betrieb nehmen werden, aber dieses Mal haben wir aus objektiven Gründen, mit denen wir zu kämpfen hatten, die Frist etwas verschoben. Aber das nächste Fahrzeug wird schon sehr bald auf die Straßen kommen, im August, das wird eine Straßenbahn sein.

Dies ist der vierte völlig überholte Trolleybus, den wir praktisch aus der Asche wiederaufgebaut haben. Mit den Kräften der Straßenbahn- und Trolleybusabteilung der Stadt, teilweise wurde humanitäre Hilfe aus Russland verwendet", sagte Prichodko.

de.sputniknews.com: Georgien erklärt syrischen Flugzeugen den "Krieg" – Flüge aus Russland betroffen.

Georgien hat seinen Luftraum für syrische Zivilflugzeuge gesperrt. Damit reagierte Tiflis auf Syriens Entscheidung, die Unabhängigkeit Abchasiens und Südossentiens anzuerkennen. Auch Flüge aus Russland sind davon betroffen.

"Der georgische Luftraum ist für die syrischen Fluggesellschaften Syrian Air und Cham Wings geschlossen", zitiert die Zeitung "Kommersant" den Leiter des georgischen Dienstes für Flugnavigation, Gotscha Merswischwili.

Die Fluggesellschaft Syrian Air, auch als Syrian Arab Airlines bekannt, bietet wöchentliche Flüge vom Moskauer Flughafen Wnukowo nach Damaskus an. Allerdings fallen die Flüge hin und wieder aus.

Ab Juli sollte auch Cham Wings auf dieser Route fliegen. Doch wie die Webseite des Flughafens Wnukowo mitteilte, werden die Cham-Wings-Flüge länger dauern, als die bisherigen Flüge der Syrien Air, und zwar fünfeinhalb Stunden statt drei Stunden 45 Minuten. Das ist wohl damit verbunden, dass syrische Passagierflugzeuge nun auf eine längere Route bei Flügen aus Russland und nach Russland ausweichen müssen – über den Iran und das Kaspische Meer. "Gerade die kaspische Route wird von der russischen Luftwaffe genutzt", zitiert das Blatt den Chefredakteur des georgischen Militärmagazins "Arsenali", Irakli Aladaschwili.

Nachdem Damaskus im vergangenen Mai die Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens anerkannt hatte, kündigte Tiflis den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Syrien an. Im August 2008 war es zu einem Krieg zwischen Georgien und Russland gekommen, der insgesamt fünf Tage dauerte. Russland erkannte daraufhin die Republiken Abchasien und Südossetien als unabhängig an und richtete dort Militärstützpunkte ein. Südossetien erklärte seinerseits einen Kurs auf die Einbindung in die Russische Föderation. De facto hatten sich Abchasien und Südossetien bereits nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 in Unabhängigkeitskriegen von Georgien gelöst, nachdem Tilfis die Abtrennung mit militärischer Gewalt verhindern wollte.



https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32137/58/321375817.jpg

Abends:

de.sputniknews.com: Deutsches Volk hat US-Kriege satt: Blockade der US Air Base Ramstein

Marcel Joppa

Nahe der Kleinstadt Ramstein-Miesenbach bei Kaiserslautern haben sich am Samstag Szenen abgespielt, die es wohl wieder einmal nicht in die Mainstream-Medien schaffen werden und die dennoch große Symbolkraft besitzen: hunderte Demonstranten, Senioren, Kinder, Politiker, sie gingen auf die Straße um vor der US-Basis Ramstein ein Zeichen zu setzen. Wenn sich ein rund 80-jähriges Ehepaar bei hochsommerlichen Temperaturen auf den heißen Asphalt setzt, um dort der Polizei die Stirn zu bieten, dann muss diese beiden Menschen wirklich etwas bewegen. Was sie fühlen, das teilen an diesem Tag hunderte Menschen mit ihnen: Wut auf die US-Kriegspolitik und Wut, dass die USA von deutschen Boden auf der ganzen Welt mörderische Militäreinsätze steuern.

Wagenknecht, Drewermann und die Masse

Organisiert von der Initiative "Stopp Air Base Ramstein" haben Menschen aus allen Teilen Deutschlands an diesem Samstag den Weg vor die Tore der US-Militärbasis gefunden. Und dieser Tag ist ein ganz besonderes Datum: Genau vor 30 Jahren kamen auf diesem Gelände bei einer militärischen Flugshow über 70 Menschen ums Leben, Tausende wurden bei dem Unfall verletzt. Drei Militärjets stürzten damals nach einer Kollision in der Luft ab, eine brennende Maschine rutschte in das Publikum.

Jetzt, genau 30 Jahre später, wollten Anwohner, Aktivisten und US-Gegner erneut ein Zeichen setzen: Direkt vor dem Haupteingang der Militärbasis versammelte sich eine Massen-Kundgebung mit prominenten Rednern. Eine von Ihnen: Die Fraktionschefin der Linke im Bundestag, Sahra Wagenknecht. Vor applaudierender Menge erklärte sie:

"Ich möchte noch einmal auf den Drohnenkrieg aufmerksam machen, der ja kaum in der großen Presse stattfindet, der aber unverändert geführt wird. Es werden Tötungen per Knopfdruck angeordnet. Das ist ein unglaubliches Verbrechen! Und das dürfte von hier und von deutschem Boden aus in keiner Weise unterstützt werden!"

Laut Wagenknecht sei auch die Zerstörung des Irak und von Afghanistan zu einem Teil von der US-Militärbasis Ramstein aus gesteuert worden. Es dürfe in Deutschland keine Region geben, wo das Grundgesetz nicht gelte. Und laut Grundgesetz seien weder völkerrechtswidrige Angriffskriege, noch exterritoriale Tötungen per Drohnen erlaubt: "Das, was hier stattfindet, ist eigentlich ein Fall für den Verfassungsschutz, wenn er denn mal seine Aufgaben wahrnehmen würde! Es gibt über tausend US-Militärbasen weltweit und es gibt sie nicht, um in diesen jeweiligen Ländern für Sicherheit zu sorgen."

Deshalb, so Wagenknecht, sei es besonders schlimm, wenn Angela Merkel der USA permanent hinterherlaufen würde und sich der US-Politik unterwerfen würde. Die Linkepolitikerin forderte deshalb - unterstützt von tosendem Applaus - eine eigenständige Politik Deutschlands.

Alte Fehler bereinigen

Nach Wagenknecht betritt schließlich der Autor und Psychoanalytiker Eugen Drewermann die Bühne. Trotz seiner nunmehr 78 Jahre war es dem gelernten Theologen wichtig, an diesem heißen Sommertag zu den Menschen zu sprechen. Die USA hätten seit 2001 sieben islamische Staaten bombardiert. Doch das alles spiele keine Rolle in der Politik und in den Zeitungen: "Wir sind aber mit involviert, wir sind mitschuldig. Wir müssen von dieser Politik endlich Abschied nehmen. Wir Deutsche hätten allen Grund, mit Macht auf die Bremse zu treten und alte Fehler zu bereinigen."

Stattdessen werde von der NATO immer das Bild vom Feind in Moskau gezeichnet. Dabei hätten die USA weltweit tausend Militärbasen, Russland weniger als eine Hand voll.

Die Wut ist groß

Während Drewermann zum Publikum spricht, teilt sich das Publikum und zahlreiche Menschen bewegen sich zur direkten Zufahrt der Militärbasis Ramstein. Dort lassen sich dutzende Männer, Frauen, Kinder und Senioren in der Sonne auf dem Boden nieder, um eine Blockade des Geländes zu starten. Die Polizei, die zahlreich vor Ort vertreten ist, schaut sich das friedliche Treiben zunächst mit Rückhaltung an.

Schließlich dröhnt es aus einem Polizeilautsprecher, die Sitzblockade werde in zwanzig Minuten von den Beamten aufgelöst. Wer dann noch Widerstand leiste, werde weggetragen und festgenommen. Ein Organisator der Kundgebung spricht deeskalierend auf die Sitzenden ein. Passanten verteilen Wasserflaschen. Es ertönen Lieder und Sprechchöre:

"Hoch die internationale Solidarität"

"Wofür tun wir das? Für unsere Kinder!"

Nach einer knappen halben Stunde will sich die Polizei die Blockade nicht länger anschauen. Während viele vor allem junge Aktivisten freiwillig aufstehen und die Straße freimachen, so sind es einige vor allem ältere Demonstranten, die sich von den Beamten nicht einschüchtern lassen. Während einige von Ihnen dann tatsächlich festgenommen werden – unter ihnen zwei US-amerikanische Senioren – redet die Polizei heftig auf mehrere Rentner ein, bevor diese schließlich weggetragen werden.

Wenige Meter entfernt diskutiert die Polizei mit einem über 80-jährigen Ehepaar, das ebenfalls nicht aufstehen will. Hier lassen sich die beiden – von der Hitze gezeichnet – schließlich zum aufgeben überreden.

Die Menge applaudiert den Sitzenbleibern

In den großen deutschen Medien wird man von diesem Tag sehr wahrscheinlich wenig hören: Kurz blitzte ein SWR-Mikrophon in der Menge auf, doch der Mainstream meidet solche Veranstaltungen in der Regel lieber. Während die Kollegen von RT, WeltnetzTV oder den Nachdenkseiten das Geschehen fleißig dokumentierten, ist vielen Journalisten dieses Thema zu "unbequem" oder es wird als "Spinnerei einiger Weniger" abgetan.

Das Fazit:

Laut Organisatoren waren am Samstag rund 2500 Menschen trotz massiv hoher Temperaturen auf der Straße, um auf eine für sie himmelschreiende Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen: Die deutsche Unterstützung einer illegal mordenden US-Militärbasis mitten im Herzen ihres Landes. Für sie und viele andere Menschen ist das keine Spinnerei, es ist die Realität. Darauf aufmerksam zu machen, dafür war dieser Samstag ein wichtiger Tag.



https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32137/73/321377337.jpg

de.sputniknews.com: Thinktank: Kiew wird Kreml mit "mächtiger Rakete" in Schach halten. Die Ukraine baut nach Angaben der Kiewer Denkfabrik CACDS (Center for Army, Conversion and Disarmament Studies) einen wirkungsvollen Seezielflugkörper, mit dem die Regierung in Kiew das benachbarte Russland "psychologisch" unter Druck setzen könnte. Der Seezielflugkörper könnte bereits im nächsten Jahr einsatzbereit sein, sagte CACDS-Direktor Valentin Badrak in einem Gespräch mit der Zeitung Apostrophe.ua.

"Es handelt sich um die mächtigste landgestützte Waffe, die beliebige Schiffe auf eine Distanz von 280 bis 300 Kilometern bekämpfen kann", sagte Badrak. Nach seinen Angaben "macht sich die russische Seite deswegen große Sorgen."

Der Seezielflugkörper habe sich bei einem Schießtest "ziemlich erfolgreich" gezeigt. Nun stünden staatliche Erprobungen bevor. Für Badrak ist die neue Waffe ein "psychologischer Faktor, um die Politik des Kreml bedeutend zu beeinflussen."

Nach dem prowestlichen Umsturz 2014 hatte die Ukraine den östlichen Nachbar Russland in seiner neuen Militärstrategie zum Feind erklärt und die Wirtschaftsbeziehungen mit Moskau weitgehend gekappt. Seitdem drohen Kiewer Politiker und Militärs Russland ab und zu mit militärischer Gewalt.

Erst im Mai hatte der ukrainische Infrastrukturminister Wladimir Omeljan Russland als "Barbaren-Reich" beschimpft und dazu aufgerufen, Moskau "niederzubrennen". Zwei Monate davor hatte ein ukrainischer Kommandeur geäußert, dass die ukrainischen Streitkräfte Moskau einnehmen müssten, um den abtrünnigen Donbass wieder unter ihre Kontrolle zu bringen.